

von Angebot und Nachfrage ausgesetzt werden. Das werde jedoch den Farmer nicht treffen, denn das Schatzamt müsse auch in diesen Fällen den Unterschiedsbetrag zwischen Markt- und Garantiepreis auszahlen, versicherte Brannan.

In der Praxis sähe das so aus, rechnete er den skeptischen Politikern vor: „Nehmen wir an, ein Dutzend Eier würde im nächsten Jahre 45,8 Cent kosten und dann absinken auf 35 Cent. In diesem Falle würde die Regierung nur den Ausgleichsbetrag von 10,8 Cent für das Dutzend zu zahlen haben.“

Ergebnis: Der Farmer bekommt nach wie vor seine 45,8 Cent, der Verbraucher billige Eier. Er braucht nicht zweimal für die Subsidien zu zahlen, einmal durch Steuern und zum anderen durch hohe Lebensmittelrechnungen.“

Trotzdem ging Brannans Rechnung nicht auf. Nach halbjähriger hitziger Debatte wurde sein Plan abgewiesen. Den freiwirtschaftlichen Amerikanern war das „Gegenstück zu den Minimallöhnen, Kollektivverträgen und der Sozialversicherung der Arbeiter“ des Landwirtschaftsministers zu sozialistisch.

„Ein Farmer, der damit rechnet, daß die Regierung seine überschüssigen Produkte kauft, muß sich all ihren planwirtschaftlichen Anordnungen unterwerfen“, hatte Brannan gefordert. Das machten Aiken und seine Bauernfreunde nicht mit.

Vor allem die Großgrundbesitzer liefen gegen den „roten Minister“ Sturm. Die Festsetzung einer Höchstgrenze für die Subventionszahlungen durch die Regierung hätte für zwei Prozent der 5 800 000 amerikanischen Farmen das Ende der fetten Jahre bedeutet.

Der Senator aus Vermont blieb Sieger.

Aber Harry S. Truman und Charles F. Brannan konnten warten. Ihr Plan steht als Hauptpunkt auf dem Wahlprogramm der Demokraten. Am 7. November 1950 werden das Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt. Die Chancen, den Brannan-Plan durchzufechten, sind besser geworden.

Landwirtschaftsminister Brannan sah es kommen: Heute lassen selbst die schlagkräftigsten „Ihr-müßt-mehr-essen“-Ermunterungen an Amerikas Agrarkunden Aikens Vorratslager bis an den Rand gefüllt.

Auch anderswo blüht der Weizen. Ohne Dollarzahlung.

SAARFILM

Fängt an zu stinken

Peter Hellbrück wartet auf die offizielle Bestätigung seiner Armut. Erst wenn ihm das Armenrecht zugebilligt ist, will der Erbauer des Nachkriegs-Ufa-Palastes in Saarbrücken zum Kläger werden. Verklagt werden soll: die Regierung des Saarlandes

Vor und während des Krieges besaß Peter Hellbrück drei Kinos: Das Zentraltheater in Pirmasens, das Walhalla-Theater in Neunkirchen und das Zentral-Theater in Saarbrücken. Allein 400 000 Mark Steuer zahlte Hellbrück jährlich an den Vater Staat.

Nach dem Kriege blieben Hellbrück nur die Trümmer. Und seine Ersparnisse.

Im April 1945 bewarb er sich um den Ufa-Palast in Saarbrücken. Den hatten die

amerikanischen Saar-Eroberer der Stadtverwaltung zum Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Aber die Stadtbeamten hatten kein Geld. Hellbrück hatte es.

Deswegen gaben die Saarbrücker seinem Antrag statt. Auch die amerikanische Regierung hatte nichts dagegen, daß der frühere Kinokönig die Ufa-Palast-Ruine wieder aufbauen wollte.

Bedingung: Hellbrück sollte das Filmtheater auf eigene Kosten errichten. Als Gegenleistung versprachen die Stadtväter, ihm das größte Kino des Saargebietes auf zehn Jahre zu vermieten. Auch das Vorkaufsrecht wurde Hellbrück eingeräumt.

So war es damals abgesprochen.

Am 6. Mai 1945 rückte Peter Hellbrück den 150 Tonnen Schutt persönlich zu Leibe. Zunächst nur mit einem Mann Unterstützung. Nach zwei Monaten beschäftigte er in eigener Regie 18 Arbeiter, größtenteils Bergleute, die noch nicht in die Gruben einfahren konnten.

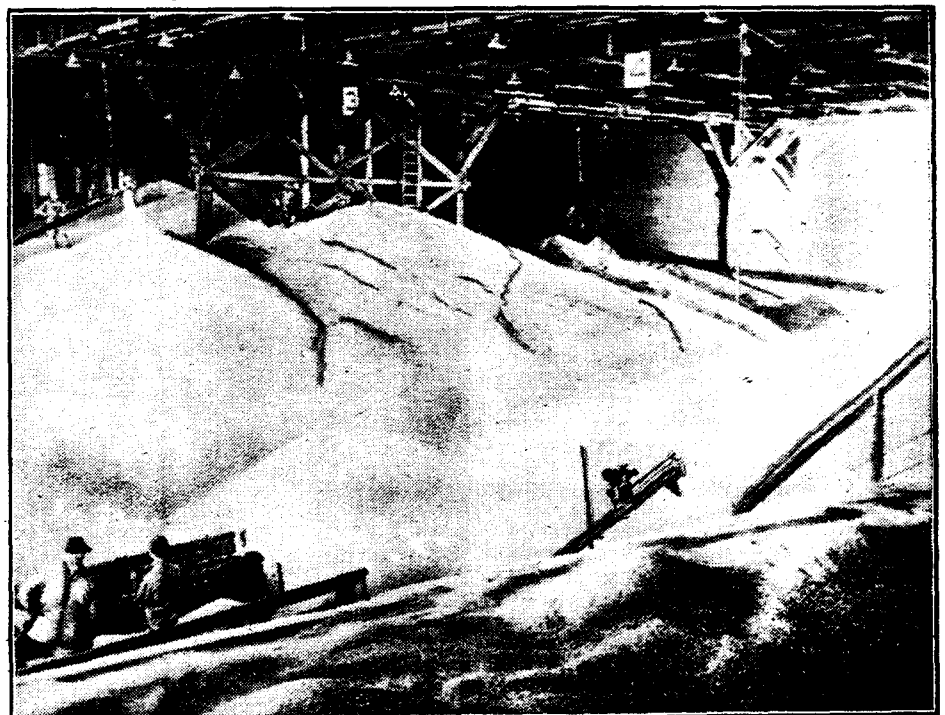
Viereinhalb Jahre und Millionenbeträge brauchte Peter Hellbrück, bis das Theater eröffnet werden konnte. — Aber das durfte er nicht mehr selbst.

Noch vor dem Abzug der Amerikaner hatte sich der damalige Saarbrücker Oberbürgermeister Heinrich Wahlster von dem amerikanischen Saargouverneur Oberst Louis G. Kelley eine Urkunde aushändigen lassen. Darin bestätigte der Amerikaner seinem Lordmayor, daß die von ihm getroffenen Abmachungen, Maßnahmen und Verträge auch für die Besatzungsnachfolger rechtsverbindlich seien.

Im Falle Hellbrück erkannte das die französische Militärregierung an. Chefplaner M. Pingusson gab im Juli 1946 sein Avis favorable.

Schwierigkeiten entstanden erst, als Monsieur Max Bernheim, Saarbrücken, Schwarzenbergstraße 25, zum Administrateur Séquestre der saarländischen Lichtspieltheater bestellt wurde. Der wollte den Ufa-Palast in eigener Regie übernehmen.

Nur zeitweilig ließ sich Peter Hellbrück von ihm einschüchtern. Aber Saar-Ministerpräsident Johannes Hoffmann und Wirtschaftsminister Dr. Franz Singer er-



Das füllte die Lager — Aikens Vorräte

mutigten ihn, „ja weiterzubauen und dem Saargebiet diese bedeutende Kulturstätte wieder zu schenken“. Hellbrück baute weiter.

Am 20. Mai 1949 fand um 9 Uhr im Saarbrücker Landgericht, Saal 110, der erste Termin in Sachen Bernheim gegen Hellbrück statt. Der Sequesterverwalter klagte monatelang auf Herausgabe des Ufa-Schlüssels.

Aber Hellbrück hatte prominente Zeugen. So schrieb Johannes Hoffmann am 23. September 1949: „Ich habe persönlich im letzten Jahre immer die Auffassung vertreten, daß Herr Hellbrück die begonnenen Arbeiten im Ufa-Kino fortführen soll. Die Art und Weise, wie Herr Bernheim in dieser Sache vorging, habe ich immer abgelehnt und werde sie niemals billigen.“

Zum Schlußtermin, der auf den 9. Dezember 1949 festgesetzt war, kam es nicht mehr. Sequesterverwalter Max Bernheim zog seine Klage zurück. Er war inzwischen untragbar geworden.

Da Hellbrück nicht auf dem Rechtsweg zu beizukommen war, geschah es mit Gewalt. Am 18. November 1949 um 10.30 Uhr fuhr das Ueberfallkommando der Saarpolizei vor dem Ufa-Palast vor. Ohne jeden Rechtstitel wurde das Gebäude gesperrt.

Peter Hellbrück und seine Arbeiter flohen auf die Straße. Sie waren gerade damit beschäftigt, die Teppiche auszulegen. In vierzehn Tagen sollte eröffnet werden.

Es wurde eröffnet. Unter Regie des saarländischen Vermögens-Kontrollamtes.

Generaldirektor Frederic Schlachter fungierte als Liquidator. Eine Rückgabe des Ufa-Palastes lehnte er ab. „Ich kann nichts tun ohne die Regierung“, erklärte Schlachter dem Bittsteller Hellbrück.

Die Regierung aber fühlte sich nicht zuständig. „Das ist ganz Sache von Schlachter“, formulierte Ministerpräsident Johannes Hoffmann. „Der Hoffmann soll kein so dummes Zeug reden“, erboste sich Schlachter. „Ich wollt, ich hätte mit dem ganzen Dreck nichts zu tun.“

Auch an den Saar-Landtag wandte sich Peter Hellbrück. Aber die saarländischen Volksvertreter wußten keine Antwort.

Nur Minister a. D. Bartholomäus Koßmann schlug wütend auf den Tisch, als ihm das Kino-Theater zum ersten Male vorgetragen wurde. „Herr Minister, die Sache Ufa-Palast fängt an zu stinken, bringen Sie das bald in Ordnung“, forderte der Querkopf der Christlich Demokratischen Volkspartei (CVP) Wirtschaftsminister Franz Singer telefonisch auf.

Die Sache kam nicht in Ordnung. Man sei bestenfalls bereit, Hellbrück eine Abfindung zu zahlen, erklärte Franz Singer. Der Ufa-Palast selbst (in dem bis Ende Mai 1950 rund 35 Millionen Franken eingespielt wurden) sollte in die Regie des „saarländischen Filmvertriebs“ übergehen.

Als Minister a. D. Bartholomäus Koßmann gefragt wurde, wer hinter dem Filmvertrieb stehe, zählte er die Teilnehmer an einer Hand auf: Hoffmann, Singer, Schlachter und Erwin Müller, Fraktionsvorsteher der CVP.

FLÜCHTLINGE

Der Staat hat es verdient

Karl Anton Steidl hat seinen Wunschzettel schon geschrieben. Bei seinem Bonner Besuch wird der ehemalige Sudeten-Hotelier Bundesverkehrsminister Seeborn bitten, ihm die Bewirtschaftungslizenzen für zwei große Bahnhofsgaststätten zu vermitteln.

Flüchtlingsminister Lukaschek hat die Reise in das Verkehrsministerium befür-

wortet. Steidl ist im Auftrage des „Gremiums des Hotel- und Gaststättengewerbes“, der Interessen-Genossenschaft sudetendeutscher Hoteliers, unterwegs.

Nach seiner Zwangsverschickung aus dem Weltbäderdreieck Karlsbad-Marienbad-Franzensbad kam der frühere Chef von 13 Hotels und Pensionen „völlig mittellos“ an Oberbayerns Ammersee, Steidls erste Aufgabe bestand darin, die Höhe der zurückgelassenen Vermögenswerte sudetendeutscher Hoteliers zu berechnen. Er kam dabei auf 1,36 Milliarden Goldmark.

Allein in Steidls ehemaliger Sudetendeutscher Gastwirtegenossenschaft waren 18 000 Konzessionäre und 12 000 Fremdenheimhaber zusammengeschlossen. Die meisten dieser 30 000 saßen nach ihrer Ausweisung — wie Steidl — ohne einen Pfennig Bargeld in ihren Flüchtlingsquartieren.

Da an eine Selbständigkeit für jeden einzelnen nicht zu denken war, trommelte Steidl die Sprecher seiner alten Genossenschaft zusammen. Als am Ammersee der

schaft über Kredite in Höhe von 500 000 D-Mark. Darüber hinaus durften bei allen Genossenschaftsgesuchen die unteren Instanzen übergangen werden.

Als Bayerns staatliche Schlösserverwaltung einen ausgebombten Seitenflügel der Münchener Residenz zur Verfügung stellte, war die Raumfrage für das erste Gemeinschaftsunternehmen gelöst.

Finanziert wurde der kreditfressende Wiederaufbau von dem Augsburger Hotel „Union“. Das hatte Steidls Gremium inzwischen übernommen. Seine Gewinne speisten die Genossenschaftspläne mit dem nötigen Handgeld.

Das und die ersten 40 000 D-Mark von 200 Genossenschaftsmitgliedern (2500 Genossen konnten noch keinen Pfennig abstottern) förderte den Münchener Schloßbau. Im Mai 1950 war er fertig. Als Direktor Steidl im Restaurant „Ludwig“ zum ersten Male Kasse machte, zählte er 180 D-Mark. „Heute liegen wir bei 700 bis 800 D-Mark täglich, schmunzelt der 45jährige Gastronom.



„Rund 800 D-Mark täglich“: Karl Anton Steidl

gastronomische Gehirntrist des Bäder-Paradieses die Köpfe zusammensteckte, war schnell heraus, worauf es ankam: „Mit einem Kredit müssen viele Existenzen geschaffen werden.“

Durch Gründung des „Gremiums des Hotel- und Gaststättengewerbes“ nahm der Gedanke rechtliche Gestalt an. Das Gremium wählte die Form einer Genossenschaft, „da eine Gesellschaftsgründung von jedem einzelnen zu viel Geld erfordert hätte“. So waren nur 200 DM (auch in Raten zahlbar) von jedem Mitglied pro Genossenschaftsanteil zu hinterlegen.

Bayerns Wirtschaftsministerium leistete der jungen Genossenschaft erste Hilfe. Zunächst rethorisch: „Es wird nichts schaden, wenn gerade in diesem Berufszweig in Bayern eine gewisse Blutauffrischung stattfindet“, erklärte Wirtschaftsminister Hans Seidl vor Behördenleitern, Reisebürochefs und gastronomischen Berufsorganisationen.

Die erste praktische Hilfe kam neun Monate später. Der bayrische Staat übernahm für die Genossenschaft eine Bürg-

Seine Helfer rekrutierte er hauptsächlich aus den Reihen seiner Genossenschaft. Die waren froh, aus ihren Flüchtlingsverhältnissen herauszukommen.

So verdiente Vertriebenen Josef Maier sich bei der Bundesbahn als Rottenarbeiter sein saures Brot, ehe er als Chefkoch zu Steidl kam. In Karlsbad hatte er für den König von England und Winston Churchill gekocht.

Neben seinem Restaurationsbetrieb hat Steidl die interne Stellenvermittlung für seine sudetendeutschen Berufskollegen übernommen. Auch die Werbung für alle Unternehmen des „Gremiums des Hotel- und Gaststättengewerbes“ wird von München aus betrieben.

Steidls Ziel ist „eine eigene Altersversorgung für die nicht mehr arbeitsfähigen Hoteliers aus dem Sudetenland in einem eigenen Heim“. Die Mittel dazu sollen über die von Seeborn erbetenen Bahnhofsgaststätten hereinkommen.

„Wenn uns das gelingt, werden wir den Staat aus eigener Kraft entlasten“, hofft Karl Anton Steidl. „Der Staat hat es verdient.“